

Neueste Nachrichten

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mitteleuropa

Das "Neueste" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschl. Porto) beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 1.50 Reichsmark. Die Druckerei ist in Halle an der Saale. Die Redaktion ist in Halle an der Saale. Die Druckerei ist in Halle an der Saale.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
In Berlin zeigt sich eine wenn auch nur geringe Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel. Der Regierungspreisbau flaut.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm gestern den Antrag auf Bewilligung von Reichsgeldern für die von den Berufsstellen gegründete Getreidehandelsgesellschaft an. Zur definitiven Beschlussfassung muß die Angelegenheit jedoch noch dem Hauptauschuss zugehen. Der Antrag wegen eines von der Regierung zu entwerfenden Gelebensurteils über ein Getreidemonopol verbleibt zur weiteren Behandlung im volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Auf der am Donnerstag im Landtagsgebäude in Berlin eröffneten Reichstagsfeier erklärte der preussische Innenminister Seeger in einer Rede u. a. die Kernerierung der Schutzpolizei könne nicht aufgehoben werden, solange in politisch und wirtschaftlich so unsicheren Zeiten wie heute mit Beschränkungen zu rechnen sei.

Bei der am 17. März von der kommunistischen Partei Stuttgart abgehaltenen Märkerei machten die württembergischen Landtagsabgeordneten Schnerk und Brönne Aufmerkungen, die den dringenden Verbot eines Verbrechens, der Mitwirkung zum Sozialverrat, begründen. Beide Abgeordnete sind beschuldigt am anderen Tage vorläufig festgenommen und dem Amtsgericht Stuttgart vorgeführt worden.

In Berlin haben gestern die Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden begonnen. Grundrisslich ist gegenseitige Weisbegünstigung vorgesehen.

Der Mailänder "Secolo" meldet aus Rom: Die Tagung der mittelitalienischen Handelskammern profitierte gegen die deutsche Fortbewegung und forderte auf wirtschaftliches Gebiet ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Italien und Deutschland. Das Präsidium der Tagung wird von Mussolini empfangen werden.

Die zweite holländische Kammer hat gestern den Haushaltsplan für die holländische Gesamtheit beim Vatikan mit 48 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Der Rotterdammer "Courant" meldet aus London: Im englischen Nachrichtenrat wurden zur Förderung der englischen Handelsbeziehungen im belagerten Gebiet 40 Millionen Schilling angefordert.

Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei des Bundesparlamentes hat sich für den Anschluss an die Partei der kommunistischen Rinken erklärt. Die republikanischen Sozialisten und die Radikalen haben ihre Sonderkandidaturen für die Ersatzwahlen am Sonntag zurückgezogen.

Vor dem Pariser Kammerauschuss für Heeresangelegenheiten hat Kriegsminister Painlevé über die Heeresreform Vortrag gehalten, deren Vorlage er am Montag einbringen wird. Sie sehe als Übertragung der einjährigen Dienstzeit eine Folge von 16 Monaten vor. Das künftige Heer würde nach Einführung der Reform aus 20 Divisionen, darunter 4 Kolonialdivisionen, bestehen.

Im Pariser "Echo" veröffentlicht Vincenz eine neue Kritik, der anlässlich der Nichterfüllung der im Locarnovertrag vorgesehenen Voraussetzungen der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Regierung vor einem weiteren Abbau der Besatzungstruppen der zweiten und dritten Zone warnt.

Das französische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gibt von der Rückermehrung einer französischen Abteilung in Suesen folgende Darstellung. Die Truppen, die von dem Reich einer kleinen Abteilung Kenntnis erhalten hatten, legen sich in einen Hinterhalt. Die der überfallenen Abteilung zu Hilfe gelangten Truppen kamen zu spät. 45 Mann, davon die Hälfte Franzosen, wurden getötet, unter ihnen zwei Offiziere. Acht Mann konnten sich retten.

Bei den Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und Militär in Weimar sind, wie berichtet, ungefähr 50 Personen ums Leben gekommen und 82 verwundet worden. Die Stadt ist zurzeit überhört ruhig, jedoch besteht große Erregung. Die Straßen sind geschlossen, und der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Reichstagsdebatte über Genf am Montag

Die Regierungsparteien beim Reichstagsanfang.

Gestern mittig fand eine Besprechung der Reichsregierung mit dem interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien über die Genfer Verhandlungen statt. Die Aussprache, die sich an die Ausführungen des Reichsministers und des Reichsstaatsministers knüpfte, wird die Grundlage für die Stellungnahme der Fraktionen bilden. Ueber die Besprechungen des Reichstags mit den Vertretern der Regierungsparteien, die am gestrigen Nachmittag stattfanden, weiß das "Berliner Tageblatt" zu berichten: Nach dem eingehenden Meinungsaustausch, der der Besprechung folgte, erfolgte keine Stellungnahme der Regierungsparteien, da diese erklärten, sie müßten erst auf Grund dieser Aussprache mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. Die Fraktionen werden noch vor Beginn der außerpolitischen Aussprache im Reichstags, die für Montag endgültig festgesetzt worden ist, zummentreten. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages soll vorher nicht mehr einberufen werden. Das "Berliner Tageblatt" fügt noch hinzu, daß die Fraktionsführer der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen Sonnabend vormittag von dem Reichstagsanfang und dem Reichsminister des Innern empfangen werden sollen. Die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung sollen für den Nachmittag in die Reichstagskammer gebeten worden sein.

Der Regierungserklärung im Reichstag ist vom Außenminister Stresemann gefolgt, er wird durch Erklärungen zu seinen Parteifreunden vorausgegriffen worden: Der Außenminister sagte u. a., er und mit ihm das Reichsamt sei in der Genf keine Parteidelegation der deutschen Außenpolitik, sondern vielmehr die Wahrung der deutschen Vorbehalte und der deutschen Belange bis zuletzt.

Eine demokratische Zeitungspetition fordert teilt mit, daß die Regierungsparteien beschäftigten, im Laufe der außerpolitischen Debatte des Reichstages, die am Montag beginnen soll, eine Entscheidung vorzulegen, in der sie für die Fortführung der Locarnopolitik eintreten. Es darf angenommen werden, daß auch die Sozialdemokraten dieser Entscheidung zustimmen. Über den Kommunisten haben auch die Mitglieder des Reichstages einseitig Deutschlands Geduld um Aufnahme in den Völkerbund zurückgezogen.

Die kommunistischen Betriebsräte Groß-Berlins beschloß, am Tage der Regierungserklärung im Reichstag über Genf in öffentlichen Massenversammlungen zu demonstrieren. In Berlin sind, wie die "Kölnische Volkszeitung" berichtet, 15 Versammlungen anberaumt.

Rußland als Militärmacht.

Anlässlich des achten Jahrestages der Bildung der "Roten Armee" hielt der Volkskommissar für Krieg und Flotte eine Rede über Sowjet-Rußlands militärische Rüstungen, in der er u. a. erklärte: Unsere Armee umfaßt gegenwärtig 562 000 Mann, während jede Jahrestelle von Verpflichtungen 950 000 Mann umfaßt. Würden wir diese alle zum Jahre einziehen können, so würde dieses rund anderthalb Millionen Mann betragen. Das gestatten uns aber unsere materiellen Einnahmen und unsere anderen Verhältnisse nicht, weshalb wir jedes Jahr zwischen 350 000 und 450 000 junge Arbeiter und Bauern ohne militärische Ausbildung lassen müssen. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir trotz der "Friedfertigkeit" der imperialistischen Politik einem Krieg nicht ausweichen können und deshalb unsere Rüstungen nicht ohne nachdrückliche Organisation und Ausbildung, sondern auch hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke große und starke Armeen haben. Unser Ziel muß sein: Ein paar Millionen in den Waffen geliebte Männer als Reserve zu haben. Unsere Regimentschulen liefern uns rund 75 000 fertig ausgebildete Unteroffiziere pro Jahr. Außerdem haben wir eine große Zahl fertig ausgebildeter alter Offiziere. Die militärischen Unteroffizierschulen werden immer effizienter. Auch die Besetzung der Armee haben wir verbessert, wollen diese jedoch noch weiter verbessern, obwohl der russische Soldat schon heute mehr Soldaten erhält als der französische. Die Offiziere der Offiziere sind zu niedrig und mühsamer erbeutet werden. In der Flotte ist in den letzten Jahren hauptsächlich an der Ausbildung der Mannschaften gearbeitet worden. Für unsere Luftkräfte haben wir in den letzten Jahren einen großen Fortschritt erzielt und fügen mit gutem Gewissen hinzu, daß dies in ein paar Jahren einen militärischen Nachschub darstellen wird, mit dem unsere Flotte ernstlich rechnen müssen. Zum Schluß hob der Volkskommissar hervor, daß die Wehr, Mannesucht und Disziplin in der Roten Armee ebenso gut seien wie die fortpäpstliche Befähigung der Mannschaften und Offiziere.

Man sieht, was man von angeblichen Antimilitarismus und dem "Niederdecker-Krieg" unserer russischen Kommunisten zu halten hat. Im Grunde sind sie doch alle einig, die politischen Parteien, die Republikaner Frankreichs, die "demokratischen" Monarchisten Englands und die kommunistischen Russlands: "Rüsten, rüsten, rüsten!" In Ausbildung und an wagen Rüstungen denken nur noch die deutschen Sozialisten, einige wenige Sozialisten und ein paar Genesungsstüben von ihnen in den anderen Ländern. Das mag schlimm sein, denn es eröffnet schlimme Aussichten für die Zukunft, besonders für unser abgebrühtes Volk, aber es schließt aber nicht aus, eine Zeitlang, und Politik hat mit den Tatsachen zu rechnen, nicht Illusionen, Träumen und Hoffnungen nachzugeben.

Den am 4. April beginnenden russischen Frühjahrsmanövern wird große politische Bedeutung beigemessen. Es liegt ihnen der Gedanke eines Angriffes auf Rußland von Rumänien aus zugrunde. Man erhebt daraus ebenso wie aus den russischen Bemühungen um Volens Freundschaft, daß Rußland nach wie vor mit Angriffen aus dem Westen rechnen muß. Die Locarnoverträge und die Völkerbundpolitik sind als Vorüberdauerung Englands gegen Rußland anstehend.

Rußland-Polen.

Die D. A. F. meldet: Der russische Botschafter in Warschau, Weisheit, hat dem polnischen Außenminister eine Protestnote seiner Regierung gegen die Errichtung eines polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte im Freistaat Danzig. In dieser Note erklärt die Sowjetregierung, daß der Bau eines polnischen Munitionslagers zur Erhöhung der militärischen Rüstungen der baltischen Staaten und somit zur Verletzung des Gleichgewichts am Baltischen Meer führen werde. — Die Erklärung dieser Note, die in den maßgebenden Kreisen eine erhebliche Bedeutung beigemessen wird, wurde als zugehende Besetzung der Völkerbundtagung verstanden.

Im Anblich an diese Protestnote wird in politischen Kreisen dem kommenden Beginn der Anglo-polnischen Handelsvertragsverhandlungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich um das große politische Interesse hier genen, mit dem die Sowjetregierung diesen Verhandlungen entgegensteht. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß bei diesen Verhandlungen die sowjetrussische Diplomatie ernstlich bemüht sein wird, einvernehmliche Beziehungen zu erlangen. Die von Polen politische Rüstungen zu erlangen. Die halbamtliche Sowjetpresse läßt durchblicken, daß Rußland bereit wäre, mit Polen einen günstigen Handelsvertrag abzuschließen. Dafür werde aber zunächst die Vermittlung gemeinsamer politischer Forderungen der Sowjetregierung verlangen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß zwischen Polen und Sowjetrußland Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages geführt werden, der nach dem Rat der russischen

England führt uns die Schuld zu.

Der holländische "Courant" meldet aus Amsterdam: Die anfängliche Erregung über den ergebnislosen Ausgang der Genfer Tagung flaut schnell ab. Schon in der Abendpresse am Donnerstag wird die Tatsache unterstrichen, daß u. a. die deutsche Seite Polens und Belgiens Aufnahme in den Rat in der jetzigen Tagung verweigert habe. "Daily News" schreibt, man beginne in England einzusehen, daß für Deutschland kein Grund vorliege, jetzt etwas abzulehnen, was es für den Herbst ohnehin zugestanden hätte.

Außerordentlich interessant ist gegenüber den Versuchen, uns Deutschen die Schuld zuzuschreiben, daß die sonst fast durchgängig französischsprachigen Schweizer Presse jetzt den Blick gegen Frankreichs Völkerbundsparteien Stellung nimmt. In zahlreichen englischen Blättern wird übrigens ebenfalls Frankreich und nicht Deutschland als der Schuldige bezeichnet und erklärt, daß Frankreich ein doppeltes Spiel treibe, indem es offiziell für die Locarno-Politik eintritt, hinter dem Rücken aber alles getan habe, sie zu hintertreiben. Da hinter Frankreich sich schon nicht mehr so hart wie anfänglich betont, da man ein ernstes Zerwürfnis Englands mit Amerika auf jeden Fall vermeiden will.

Chamberlain traf gestern wieder in London ein. In der Unterhausdebatte über Genf am Dienstag wird Lord George wahrscheinlich einen Antrag auf Verminderung des Gehaltes des Staatssekretärs des Auswärtigen stellen, was die Bedeutung eines Vertrauensvotums hat. Als zweiter Redner wird Ramsay MacDonald sprechen, dann wird Chamberlain das Wort ergreifen. Sollte die Opposition eine Zustimmung für ein wünschenswert halten, so wird diese voraussichtlich noch am selben Abend stattfinden.

Dem Londoner "Star" zufolge hat die englische Regierung es abgelehnt, die Genfer Verhandlungen im Unterhaus anders zur Sprache zu bringen als in Form eines Vertrauensantrages. Am Mittwoch wird Lord Oxford im Oberhaus ebenfalls die Genfer Vorgänge zur Sprache bringen.

Braunen und Argentinien.

Der Pariser "Herald" meldet aus Rio de Janeiro: Im Senat erklärte der Staatssekretär des Außenministeriums, daß Brasilien seine Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund führen könne, da die brasilianische Stellungnahme nichts weiter bedeute, als die Zustimmung eines Rates, das gleiche gilt mit Deutschland. An dieser Forderung hatte Brasilien auch für die nächste Tagung des Völkerbundes

Engländer führt uns die Schuld zu.

Der Pariser "Herald" meldet aus Buenos Aires: Im argentinischen Senat ist der von zwei Kritikern der Senatoren unterzeichnete Antrag zurückgezogen worden, der Argentinien die Weisheit in den Völkerbund für Herbst d. J. aussprechen sollte.

Amerikanischer Pessimismus.

Der Hauptinhalt des Berichtes, den der amerikanische Botschafter in London, Houston, dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Kellogg über die Lage in Europa mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse und Tendenzen, die zu der Vertagung der Völkerbundversammlung führten, gemacht hat, wurde der amerikanischen Presse jetzt bekanntgegeben. Houston erklärte: Der Völkerbund sei weit davon entfernt, ein wirklich internationales Werkzeug für die Organisation des Friedens zu werden. Augenblicklich sei Frankreich der Führer, dem gewisse Trabantstaaten Vorhubs leisten, während die britische Regierung widerstreben mitzugehen werde, weil das Zusammenwirken mit Frankreich in nahen Osten und anderswo wünschenswert sei.

Die Mächte des europäischen Kontinents müßten sich nicht wirklich abspalten und wollten gar keine amerikanische Beteiligung. Houston kommt zum Schluß, daß seine Hoffnung auf Wahrung bestche, bevor der englische "Wagen" nach vorne sei und eine drohende Katastrophe eine Einseitigkeit hervorruft.

"Newport Eveningpost" zufolge hat Houston erklärt, der Völkerbund solle der Ohnmacht erliegen. Europa werde nur durch wirtschaftliche Erhebungen davon abgehalten werden, in einen neuen Krieg zu treten.

Rußland rührt sich.

Die Londoner "Daily Mail" meldet aus Moskau: Die Sowjetpresse äußert ihre große Genugtuung, daß Deutschland außerhalb des Völkerbundes geblieben ist. "Tribuna" schreibt: Die Sowjetregierung wird nicht unterlassen, nach Berlin neue Vorschläge und neue Forderungen gelangen zu lassen, die die Freundschaft von Rapallo zwischen Rußland und Deutschland wiederherstellen sollen.

Der Sowjetbotschafter war gestern Abend im Auswärtigen Amt. Dem Bericht nach habe er sich nicht um außerpolitische Fragen, sondern um die noch immer nicht gelösten Deutschland und Rußland erzielte Angelegenheit der verhafteten deutschen Honoraroffiziere.

Kreier berichtet aus Tientsin: Der kürzlich in Laik eingetroffene Sowjetdampfer "Dieg" wurde von einem mannschwärzigen Kriegsschiff in Laik beschlagnahmt. Bei der Durchsicht des Dampfers wurden große Mengen von Geldern und Munition im Gesamtumfange von 2 1/2 Millionen Dollar gefunden. Der Bischof von Sowjetrußlands in Tientsin beschloß nach Laik, um dort die Freilassung des Dampfers zu erwirken. Seine Bemühungen waren aber erfolglos.

